

flur_funk



nachrichten und "interessantes" aus den fach-
bereichen o3, o4 und für lehramtsstudierende

*ein Projekt der Fachschaften o3 und o4

**[prekäre] Arbeitsverhältnisse an
der Uni, Teil 2**



Inhalt

- 3 | Prekär und Spaß dabei
- 7 | Ein Vorschlag zur Güte
- 9 | Die Umsetzung der Umsetzung
- 13 | Bericht der „Initiative Bachelor Studierbar Machen“
- 16 | Reden, Benennen, Entscheidungen lassen (müssen)
- 18 | Hochschulpakt
- 20 | Das Patriarchat und seine Helfershelfer_innen
- 22 | Bildungsstreik
- 23 | Termine / Adressen / Kontakt
- 24 | aktuelle Termine

Editorial

Liebste Turmies,
 diese Ausgabe ist etwas umfangreicher als gewöhnlich, dafür aber auch die letzte, die wir Euch in diesem Semester zumuten. Sie beginnt mit der Fortsetzung der Reihe zu [prekären] Arbeitsverhältnissen an der Uni, wobei diesmal die Situation des akademischen Mittelbaus im Mittelpunkt steht. Dann möchten wir Euch die bereits angelaufene Veranstaltungsreihe der Initiative Studierender am IG Farben Campus sowie deren „Vorschlag zur Güte“ ans Herz legen, der von den Turmfachschaften unterstützt wird. Außerdem in dieser Ausgabe: die Veranschaulichung des Gremienarbeitswahnsinns an zwei aktuellen Beispielen aus dem FB 03, Zwischenberichte der Initiative Bachelor studierbar machen am FB 04 und aus den Bolognawerkstätten, Infos zu jüngsten Entwicklungen in der hessischen Hochschulpolitik und zum „Bildungsstreik“ sowie weitere aktuelle und ständige Terminhinweise. Über Feedback und Unterstützung würden wir uns freuen!

Eine hoffentlich interessante Lektüre wünscht
 Eure flur_funk_redaktion

Impressum

flur_funk

Zeitung für/von Studierende/n am AfE-Turm

Herausgeberinnen:
 Fachschaftsräte der Fachbereiche 03 und 04
 Universität Frankfurt am Main
 Robert-Mayer-Str 5, 60325 Frankfurt/Main

Druck: Kopierwerk GmbH
 Auflage: 1.000
 Jahrgang: 2010

Layout und Gestaltung: Steffen Bennewitz
 Kontakt: flur_funk@fachschaft04.de

Der Inhalt der Artikel spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung der Fachschaften oder der Redaktion wider. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Oktober 2010

Prekär und Spaß dabei **– Prekarität im akademischen Mittelbau**

von Christoph Bauer¹

Bildung als Arbeitsplatz?

Eine Tätigkeit in der Wissenschaft gilt oft nicht als Beruf, sondern als Berufung. Der geniale Professor, der bereit ist, für die Forschung „zu verglühen“ und „sein Seelenheil zu opfern“ (beides Zitate von Universitätsprofessoren bei universitätsöffentlichen Veranstaltungen) ist das Leitbild – Fragen von Entlohnung, tariflich geregelter Arbeitszeit oder Urlaubsansprüche stehen dem eher entgegen und werden von vielen Beteiligten auf allen Ebenen geteilt. „Prekär und Spaß dabei“ ist das Motto auf dem Weg zu einer unbefristeten wissenschaftlichen Beschäftigung an der Hochschule.

Befristung als neues Wettbewerbsinstrument

Mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes von 2002 bzw. des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes von 2007 (WissZVG) wurde im Zuge

1 Der Autor ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Didaktik der Sozialwissenschaften beschäftigt und Vertreter des akademischen Mittelbaus im Fachbereichsrat des FB03.

Eine ausführlichere Version dieses Textes wird als Eigenpublikation im Rahmen des Projektes „Kritik der Lehre und der Forschung aus Sicht von Lehrenden und Studierenden“, das aus dem Bildungstreik im WiSe 2009/10 hervorgegangen ist, zum Bildungsaktionstag Anfang Juni erscheinen.

Die weibliche Form halte ich nur dort für angebracht, wo das Verhältnis männlicher und weiblicher Personen in der jeweiligen gesellschaftlichen Praxis in etwa ausgeglichen ist; von ProfessorInnen zu sprechen, wäre angesichts eines Frauenanteils von ca. 17% innerhalb der Professorenschaft (Stand: Dezember 2008) eine Verleugnung von geschlechtsbezogener Ungleichheit.

einer neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen ein neues Wettbewerbsinstrument eingeführt, das heute in hohem Maße die Arbeitsbedingungen aller WissenschaftlerInnen „unterhalb“ der Professur verschärft: prekäre, weil befristete Arbeitsverhältnisse, die zudem oft gering oder gar (im Falle zahlreicher Lehraufträge) überhaupt nicht entlohnt werden. Mit dem WissZVG wurde der Grundsatz eingeführt, dass Qualifikationsstellen an Universitäten nur noch befristet besetzt werden dürfen, bis zu einer Gesamtbeschäftigungsdauer für Promotion (6 Jahre) und Habilitation (6 Jahre) von 12 Jahren, wobei in Hessen faktisch eine 10-Jahres-Befristung (2x5 Jahre) praktiziert wird. Für Wissenschaft als Beruf bedeutet dies, dass die Professur zur Zeit die faktisch erste unbefristete Form der Beschäftigung ist (von wenigen Ausnahmen abgesehen, die quantitativ zu vernachlässigen sind).

„Mittelbau“

Als akademischer Mittelbau werden alle wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an Universitäten „unterhalb“ der Professur bezeichnet, von Hilfskräften über wissenschaftliche MitarbeiterInnen bis hin zu PrivatdozentInnen. Die sogenannten „administrativ-technischen Mitarbeiter“ (Verwaltungsangestellte) zählen ebenfalls zum Mittelbau. Der akademische Mittelbau, von dem im Folgenden die Rede sein wird, erfuhr in den letzten 10–20 Jahren große Stellenkürzungen und die fast vollständige Abschaffung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse: 75% der wissenschaftlichen Mitarbeiter-

Innen sind befristet beschäftigt, das wiederum zu 75% auf einer Teilzeit-Stelle.

Prekäre Verhältnisse wissenschaftlicher MitarbeiterInnen in der Promotionsphase

Wie wirkt sich Prekarität konkret für den akademischen Mittelbau aus? Die quantitativ bedeutendste Personalkategorie im akademischen Mittelbau ist die der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in der Promotionsphase – auf sie beschränkt sich dieser Beitrag. Sie ist insofern qualitativ von großer Relevanz, da die Promotion als entscheidende Qualifikation für eine Tätigkeit in Wissenschaft und Forschung gilt. Die 5-Jahres-Befristung wird selbst auf Tätigkeiten als wissenschaftliche Hilfskraft oder Verwaltungsangestellte ab einer wöchentlichen Arbeitszeit von 10 Stunden angerechnet – was vielen Betroffenen oft gar nicht bekannt ist. Zum Vergleich: die durchschnittliche Promotionsdauer beträgt in den Sozialwissenschaften 7,3 Jahre (Bormann/Enders 2002:55). Diese Befristung wird nochmals verschärft, indem Arbeitsverträge nicht zu Beginn für die maximal zulässige Vertragsdauer (in Hessen 5 Jahre) ausgestellt werden, sondern stets eine Staffelung ohne einen rechtlichen Anspruch auf Verlängerung vorgesehen ist. „In vielen Disziplinen [sind] Drittel- und Viertelstellen keine Ausnahme mehr und Verträge werden auf Monatsbasis verlängert“ (Neis/Rubelt 2010:10).

Die zahlreichen Vertragsverlängerungen bilden zusammen ein Moment ständiger Gefährdung. Prekärer Mittelbau ist an vielen Schaltstellen von Arbeitslosigkeit bedroht, die durch externe Faktoren bestimmt sind (Weggang des Profs, Streichung von Stellen, Finanzlagen von Fach-

bereich, Uni und Land).

Auswirkungen der Prekarisierung ... auf den akademischen Mittelbau selbst

Die bezeichneten prekären Arbeitsverhältnisse führen im Mittelbau selbst dazu, dass die Entscheidung zu einer wissenschaftlichen Tätigkeit an Universitäten mit hohen finanziellen



und lebensplanerischen Risiken verbunden ist. Die Lebenszeit bis zu einer gesicherten Existenz (Professur) ist lang (meist nicht unter 15 Jahren inkl. Studium), die Investition hoch und der Erfolg ungewiss. Die beständige Selektion von WissenschaftlerInnen hat den Ausschluss weiter sozialer Gruppen zur Folge – vgl. die einschlägigen Statistiken zum Anteil von Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund u.a. Wer während der Arbeit an der Qualifikationsarbeit seine Stelle an der Universität ver-

liert, verliert oder gefährdet damit die für den langfristigen Verbleib in der Hochschule so entscheidenden Anschlussmöglichkeiten und Netzwerke in Form von Arbeitsgruppen, Forschungsgruppen, Tagungen, Konferenzen – und natürlich die regulären Kontakte in Institut und Fachbereich.

Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung



der Hochschulen hat sich ein Imperativ herausgebildet, demzufolge die Unwägbarkeiten als Risiko zu begreifen sind, das ein unternehmerisches sei und eine entsprechende Anpassung der eigenen Vermarktung im Sinne des unternehmerischen Selbst erfordere. Mit dieser Form der Individualisierung und Internalisierung marktförmiger Zwänge wird es gleichzeitig schwerer, (hochschul-)politisch zu debattieren oder gar zu handeln.

...auf die Lehre

Der akademische Mittelbau hat insgesamt den größten Anteil universitärer Lehre überhaupt (Grühn u.a. 2009:15); das Lehrdeputat ist zwar bei Qualifikationsstellen in der Regel geringer als bei Professoren, ist aber durch die absolute Zahl von über 100 000 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen bei knapp 38 000 Professuren in der BRD (Klecha/Krumbein 2008:13) insgesamt das höchste. Damit wirken sich die prekären Arbeitsbedingungen des Mittelbaus in hohem Maße auf die Lehre aus; eine Begleitung und Betreuung durch DozentInnen ist oft nur für wenige Semester möglich, in vielen Fällen ist der Planungshorizont von Lehre auf sechs Monate oder weniger beschränkt. Der Trend zur kurzen und kurzfristigen Beschäftigung ist im Gange und bedeutet für die Lehre eine ebenso kurzfristige und bildungstheoretisch oberflächliche Tätigkeit.

Bildung und Lehre als per se subjektive und diskursive Auseinandersetzung mit Themen benötigt aber eine beständige, sich entwickelnde und persönliche Zusammenarbeit und Betreuung. Dieses in den Bildungsbereichen Familie, Vorschule und Schule längst anerkannte Prinzip wird in Hochschulen kaum beachtet, ist aber notwendige Bedingung für gute und erfüllende Seminare und Lehre. Gute Erfahrungen bei alternativen Veranstaltungsformen wie Workshops, Blockveranstaltungen, Exkursionen oder mehrsemestrige Veranstaltungen zeigen die große Bedeutung interpersonaler Beziehungen bei Bildungsprozessen. Bildung und gute Lehre sind unter prekären Bedingungen des Lehrpersonals (und einer mit PISA, Bologna und G8/„Turbo-Abitur“ verbun-

denen neuen Kultur des „Bulimie-Paukens“) nicht möglich, sondern geschieht oft nur noch als Massenabfertigung, als entpersonalisierte und notdürftige Bedarfsabdeckung, auf Basis der Reduktion von Bildung auf Wissensvermittlung.

Was bleibt?

Für alle WissenschaftlerInnen „unterhalb“ der Professur gilt, dass der Weg zu einer unbefristeten Beschäftigung und damit einer ernstzunehmenden Berufsperspektive hochgradig prekär und konkurrenzverläuft und eine große Risiko- und Investitionsbereitschaft erfordert. Wer nicht „von Hause aus“ mit materiellen Ressourcen ausgestattet ist oder das Risiko scheut, nach einer Berufsausbildung von 15–20 Jahren (Studium, Promotion, Habilitation) keinen Job zu bekommen, fällt aus dem System Wissenschaft heraus – auf solche Weise vollzieht sich soziale Selektion im Bereich der Hochschulen.

Unter solchen Bedingungen wird das kritisch-emanzipatorische Potenzial von Bildung zusehends durch ein marktförmiges Lernen als Teil des unternehmerischen Selbst verdrängt. In diesem Verständnis gesellschaftlicher Subjekte als profitorientierte, individualisierte und ihrer Sozialität beraubte MarktteilnehmerInnen wird das sich wechselseitig bedingende Verhältnis von Elite und Masse, von Exzellenz und Mittelmaß als gerechtes legitimiert – und als solches sogar von den VerliererInnen akzeptiert.

Bildung muss auch als eine reale in den jeweiligen Einrichtungen gedacht werden und mit den nötigen materiellen Ressourcen und demokratischen Strukturen ausgestattet werden.

Prekäre Verhältnisse erschweren „wahre“ Bildung und fördern ihre soziale Selektions- und Legitimationsfunktion.

LITERATUR

- Bormann, Lutz und Jürgen Enders (2002): Was lange währt, wird endlich gut: Promotionsdauer an bundesdeutschen Universitäten. In: Beiträge zur Hochschulforschung, Heft 1, 24/2002, S. 52–72
- Gröhn, Dieter, Heidemarie Hecht, Jürgen Rubelt und Boris Schmidt (2009): Der wissenschaftliche „Mittelbau“ an deutschen Hochschulen. Zwischen Karriereaussichten und Abbruchtendenzen. Berlin: ver.di. Aus der Reihe: anstöße. Campus der Zukunft
- Klecha, Stephan und Wolfgang Krumbein (Hg) (2008): Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden: VS-Verlag
- Neis, Matthias und Jürgen Rubelt (2010): Wissenschaftliches Prekariat an Hochschulen. Nachwuchswissenschaftler/innen zwischen Karriere und Ausstieg. Tagungsdokumentation aus der Reihe anstöße. Campus der Zukunft. Berlin: ver.di 2010
- Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZVG 2007): Gesetz zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft, vom Bundestag am 12.04.2007 beschlossen



Ein Vorschlag zur Güte

Seit beinahe einem Jahrzehnt existiert der Campus auf dem ehemaligen Gelände der IG Farben im Frankfurter Westend. 2001 zog die Goethe-Universität hier auch im Bewusstsein ein, mit der Geschichte des Nationalsozialismus umgehen zu müssen. Mit dem Norbert-Wollheim-Memorial hat sich nach langen Auseinandersetzungen 2008 auf dem IG Farben-Campus ein Rahmen gefunden, der die Beschäftigung mit der Geschichte der IG Farben und den Opfern des KZ Buna/Monowitz ermöglicht.

Was dabei ausgeblendet wird ist, dass die Universität selbst auch eine nationalsozialistische Geschichte hat, von der auf dem Campus bisher nichts zeugt. Will man aber als Bildungsinstitution einen Bruch mit dieser Vergangenheit, so muss vor allem auch die eigene historische Verstrickung von Universität und Bildung in den Nationalsozialismus bewusst gemacht und reflektiert werden. Schaut man sich den Forschungsstand über die Goethe-Universität in den Jahren 1933-1945 und die damit zusammenhängenden Entwicklungen davor und vor allem danach an, stößt man nur auf eine Handvoll Publikationen. Außerdem hängt etwas vergessen in der Neuen Mensa auf dem Bockenheimer Campus eine mittlerweile veraltete Ausstellung zu dem Thema, die in den 1980er Jahren von Studierenden erarbeitet wurde.

Im Interview in der aktuellen Ausgabe der AS-tA-Zeitung wurde Präsident Müller-Esterl auch auf die Vergangenheitspolitik der Goethe-Universität angesprochen. Auf die Frage nach der nationalsozialistischen Geschichte der Universität und über den Stand dieser Auseinandersetzung antwortete Müller-Esterl: „Ich weiß nicht ob es dazu aktuelle Planungen gibt, bin aber of-

fen für solche Anregungen. Das müssen dann natürlich Leute mit einer entsprechenden Expertise machen.“ Was läge also näher als eine Ausstellung, wie es sie in Bockenheim gibt, zu aktualisieren und an einem zentralen Ort des neuen IG Farben Campus, dem identitätsstiftenden Hörsaalzentrum, zu installieren? Es ist bezeichnend, dass dieser Vorschlag einmal mehr von den Studierenden kommt. Jedoch haben diese weder die Aufgabe noch die Mittel, sich der historischen Forschung oder einer Ausstellungskonzeption zu widmen. Das wäre Aufgabe der Universität. Sie könnte die Mittel bereitstellen und auch den Rahmen für die wissenschaftliche und breitere öffentliche Diskussion ermöglichen.

Studierende sind damit nicht von der Auseinandersetzung ausgenommen; es läge hier viel eher an jedem und jeder Einzelnen sich individuell und gemeinsam mit der Geschichte der akademischen Disziplinen, mit der Gleichschaltung der Universitäten 1933, mit personellen und inhaltlichen Kontinuitäten nach 1945, wie auch allgemein mit der Möglichkeit, dass die aufklärerische Tradition von Wissenschaft nationalsozialistische Forschung und Lehre nicht verhinderte, zu beschäftigen und dieses auch in ihrem eigenen Studium zu reflektieren.

Der hier gemachte Vorschlag ist ein allzu naheliegender, eine Forderung, die hiermit zur Diskussion gestellt werden soll.

Wenn man den Uni-Präsidenten Müller-Esterl beim Wort und somit ernst nimmt, »offen für solche Anregungen« zu sein, dann sollte einer Aufarbeitung der Universitätsgeschichte und

ihren Institutionen nichts im Weg stehen, denn: „Das sind Dinge die man nicht verschweigen sollte, die man offensiv angehen kann und wo diese Universität auch zu ihrer Vergangenheit stehen kann und auch stehen muss.“

Alle Zitate: Müller Esterl, Asta Zeitung, 04/2010.

Eigene Hervorhebung.

Initiative Studierender am IG Farben Campus

Studieren nach Auschwitz

Universität und Nationalsozialismus

Dienstag, 15. Juni, Raum IG 0.254

Magnus Klaue, Berlin

Das dialogische Prinzip und die deutsche Ideologie

Mittwoch, 16. Juni, Raum IG 0.254

Kritische Jurist_innen, Frankfurt

Gebrochene Kontinuitäten. Die deutsche Jurisprudenz nach dem Nationalsozialismus

<http://akjffim.blogspot.de/>

Dienstag, 22. Juni, Raum IG 0.254

Monica Kingreen, Frankfurt

Zurück nach Frankfurt – Rückkehr jüdischer Emigranten in ihre Heimatstadt

Mittwoch, 23. Juni, Raum IG 0.254

Prof. Dr. Volker Roelcke, Gießen

Medizin im Nationalsozialismus und das Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene der Universität Frankfurt: Historische Kenntnisse, mögliche Implikationen.

Montag, 28. Juni, Raum IG 0.254

AG Antisemitismus

Trauma, Tradierung, Frankfurt

Donnerstag, 1. Juli, Raum IG 0.254

Free Class FaM

Vom Ort der Barbarei zum Ort der Kunst

Mittwoch, 7. Juli, Raum IG 0.254

PD Dr. Samuel Salzborn, Gießen

Kritische Theorie der Politik. Franz L. Neumann und die Frankfurter Schule

Alle Veranstaltungen finden im IG Farben-Haus auf dem neuen Campus im Frankfurter Westend statt. **Veranstaltungsbeginn ist jeweils 20 Uhr.**

Eventuelle Änderungen entnehmt ihr dem Blog der Initiative.

Die Umsetzung der Umsetzung

Zur Einführung der Zulassungsbeschränkung der Master-Studiengänge

Das viel zitierte Flaschenhals-System der im Rahmen des Bologna-Prozesses eingeführten modularisierten Studiengänge Bachelor und Master nimmt auch am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften weiter Gestalt an. Stehen die Bachelor-Studiengänge prinzipiell noch für alle zur Bewerbung offen¹, wird bei der Bewerbung zum Master weiter ausgesiebt und entschieden, wer denn überhaupt berechtigt ist, das Studium fortzusetzen.

So wurde mit dem Beschluss der Masterstudienordnungen am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (FB03) bereits festgelegt, dass sich nur bewerben darf, wer eine Bachelorabschlussnote von 2,5 oder besser und gute Englisch- und Deutschkenntnisse vorweisen kann. Darüber hinaus können Fachbereiche gemäß der Einschätzung der eigenen Kapazitäten jedes Jahr weitere Zulassungsbeschränkungen beim



¹ Die Zulassung zum Bachelor richtet sich dennoch nach der Abiturnote: Die vom Fachbereich im Vorhinein festgelegte Anzahl der Studienplätze wird an die Bewerber_innen mit den besten Abschlussnoten vergeben.

Präsidium beantragen, wenn davon ausgegangen wird, dass die Bewerber_innenzahl die Anzahl der Studienplätze übersteigen wird.

Nachdem in der Sitzung des Fachbereichsrats (FBR) vom 18.01.2010 ein Antrag zur Einführung von Zulassungsbeschränkungen für die politikwissenschaftlichen Master-Studiengänge nicht die notwendige Mehrheit gefunden hatte, stand der Antrag auf der Sitzung am 01.02. erneut auf der Tagesordnung. Der Abstimmung ging eine Diskussion voraus, die die ganze Tragik universitärer Gremienarbeit offen zu Tage treten ließ. Rühmt man sich am FB03 noch mit der studierendenfreundlichsten Umsetzung der Bologna-Vorgaben in den Bachelor-Studiengängen, so ließ sich der Widerspruch zwischen dem Sachzwang der auf europäischer Ebene eingeführten Studienreform und der Ermöglichung eines freien und offenen Studiums bei den Master-Studiengängen nicht mehr glätten. Es ist nun mal unmöglich, Kriterien für die Bewerbung auf einen Studienplatz und die Aufnahme eines Studiums festzulegen, ohne damit potentielle Bewerber_innen auszuschließen. Nach der Tischvorlage der Studiendekanin sollten zukünftig bei den Bewerbungen die BA-Note bzw. ein vergleichbarer berufsqualifizierender Abschluss mit 60% ins Gewicht fallen und das Motivationsschreiben sowie der Lebenslauf jeweils mit 20%. Anhand der sich daraus ergebenden Punktzahl würde dann ein Ranking der Bewerber_innen erstellt, wobei diejenigen auf den vorderen Plätzen einen Studienplatz erhielten.

Nachdem von Seite der Studierenden darauf hingewiesen wurde, dass mit einer solchen Regelung unabhängig von deren Ausgestaltung Studierenden die Tür vor der Nase zugeschla-

gen und universitäre Bildung immer exklusiver werde, brach die ganze Sachzwanglogik über sie herein, die die Umwandlung der Universität in eine Stiftungsuniversität, die Jagd nach Drittmitteln und Exzellenz sowie die Entdemokratisierung der Hochschulen nach dem neuen Hessischen Hochschulgesetz schon bisher so wohlwollend begleitet hatte.

Mit Blick auf die Zukunft wurde argumentiert, dass mit einem offenen Master keinerlei Garantie für gute Lehre gegeben werden könne: Unter der Last der künftigen Studierenden würden die Kapazitäten des FBs gesprengt und dieser schlicht zusammenbrechen, zumal die ersten Absolvent_innen der politikwissenschaftlichen BA-Studiengänge schon in den Startlöchern stünden, um in Frankfurt ihren Master zu beginnen. Auf den Einwand, dass es sich die Studierenden auch schon bislang auf den Böden überfüllter Seminare gemütlich machen mussten und dennoch ein Hochschulstudium absolvieren konnten, wurde nicht eingegangen. Wenn es noch schlimmer würde, wäre das ja auch keine Lösung.

Dennoch konnte von professoraler Seite nicht oft genug betont werden, dass man sich in der politischen Ablehnung von Zulassungsbeschränkungen und der Umsetzung der Bologna-Reformen ja eigentlich einig sei. Trotzdem müsse man sich in diesem Gremium auf das Wohl des FBs konzentrieren und mit den Vorgaben umgehen. Diese Argumentation ging so weit, dass den studentischen Vertreter_innen im FBR mehrfach Verantwortungslosigkeit künftigen Studierenden gegenüber vorgeworfen wurde, wenn diese weiter an ihrer Verweigerungshaltung gegen Zulassungsbeschränkungen festhielten. Dieser Vorwurf legt nahe, dass die Studierenden ohnehin nur diejenigen

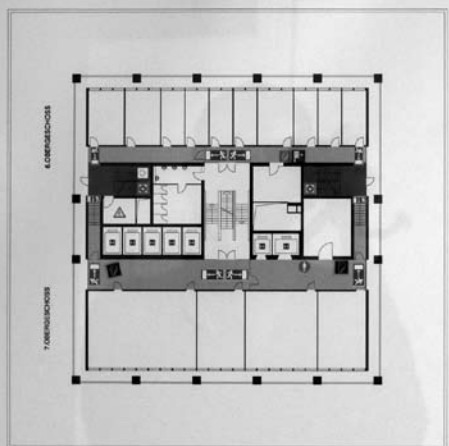
zu vertreten hätten, die es unter welchen Bedingungen auch immer bereits an die Uni geschafft haben. Anstatt sich darüber Gedanken zu machen, dass es durchaus als sozialpolitisch verantwortungslos bezeichnet werden könnte, Studieninteressierten den Zugang zu einem Hochschulstudium anhand von Prüfungsleistungen und Vita zu verwehren, wurden einige Profs der Argumentation nach plötzlich zu den besseren Studierendenvertreter_innen.

Im weiteren Verlauf wurde Kritik an den zahlreichen Bewertungsparametern wie „Darstellung des eigenen Studieninteresses im jeweiligen M.A. Studiengang“, „Darstellung der persönlichen Zielsetzung des Studiums“ oder „Veröffentlichung und Vorträge“ geäußert, die bei zukünftigen Bewerbungen berücksichtigt werden sollen. Dabei ging es vor allem um die offen gebliebene Frage, wie man solche Qualifikationen mit einer quantitativen Punktzahl bewerten solle. Weiter wurde auf Antrag der Studierenden ein Rechtsgutachten zur sozialen Härtefallregelung vom FBR in Auftrag gegeben. Schließlich wurde abgestimmt. Dabei wurde der Antrag über die Zulassungsbeschränkungen zunächst mit 6

Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Darauf hin wurden die Bewertungsmaßstäbe nochmals kurzfristig geändert. Die Bachelor-Note sollte mit 51% zu Buche schlagen, Motivationsschreiben mit 19% und der Lebenslauf mit 30%. Auch wurde die Punktvverteilung der einzelnen Bewertungsbereiche im Lebenslauf graduell verschoben. Der Punkt „Darstellung des eigenen Studieninteresses“ wurde gestrichen. In der nächsten Abstimmung wurde dieser Antrag gegen die Stimmen der Studierenden mehrheitlich angenommen. In den sog. Semesterferien änderte die Rechtsabteilung ihre bisher ablehnende Haltung zu Härtefallregelungen und stimmte zu, dass 5% der Studienplätze ohne Zulassungsbeschränkung nach Kriterien (sozialer) Härte vergeben werden. Dies wurde im Dekanat zum Anlass genommen, die prozentuale Gewichtung zwischen B.A.-Note, Lebenslauf und Motivationsschrieben wieder auf 60/20/20 zu setzen, schließlich würde durch die Härtefallregelung

Flucht- und Rettungsplan

6. / 7. OBERGESCHOSS



▽

- Person
- Abgangstür
- Abgang
- Treppenabgang
- Aufzug
- Lift
- Feuerlöscher
- Erste-Hilfe-Kasten
- Feuermelder
- Notruf
- Gefahrenbereich

www.werkstatt-wald.de

AFE-TURM

Flucht- und Rettungsplan

AFE-TURM
Seckenbergsplatz 13-17
60505 Frankfurt am Main
6./7. Obergeschoss

soziale Selektion überwunden.

All dies wäre zwar unschön, aber nicht so langer Rede wert, wenn denn je eine klare Positionierung im Sinne einer Befürwortung von Zulassungsbeschränkungen im Fachbereichsrat vertreten gewesen wäre. Das war nicht der Fall. Alle Befürworter_innen leiteten ihr Plädoyer für Zulassungsbeschränkungen damit ein, dass sie eigentlich gegen diese wären. Dennoch seien die Vorgaben und Sachzwänge, in diesem Falle eine vertretbar ausgelastete Lehre, entscheidend. Die Tendenz, sich fast reflexhaft auf die Seite der Sachzwänge zu schlagen, ist bereits in verschiedenen Berufungsverfahren und der momentanen Ausrichtung des Fachbereichs auf Drittmittel-Einwerbung offenkundig geworden. Die eigene Kritik wird wenn auch mit einem gewissen Maß an Resignation - regelmäßig von der Sachzwanglogik der mehr und mehr betriebswissenschaftlich organisierten Abläufe an der Universität verschlungen. Von den Vertreter_innen eines FBRs, in dem nach wie vor mehr kritische Köpfe als an anderen Fachbereichen vertreten sind, sollte man doch erwarten, sich nicht ganz so bereitwillig zum Objekt der an höherer Stelle beschlossenen Vorgänge zu machen. Doch die Möglichkeit, sich als höchstes politisches Gremium des FBs gegen die Sachzwänge der Bologna-Vorgaben und der Kapazitäten der Lehre am FB zu entscheiden und bspw. nach möglichst kreativen Wegen der Organisation eines offenen Masters zu suchen, wurde nicht in Betracht gezogen, geschweige denn die Möglichkeit, sich über Fachbereichs-

und Universitätsgrenze hinaus zu organisieren. Dabei könnte über einen Austausch oder eine Vernetzung mit anderen Fachbereichen und Hochschulen, die ihre Master-Studiengänge offen gestaltet haben, nachgedacht werden, um zumindest den Versuch zu unternehmen, das eigene politische Statement auch in der universitären Praxis umzusetzen.

Sich aber vorzustellen, man könne zuerst seine grundsätzliche politische Ablehnung von Zulassungsbeschränkungen artikulieren und anschließend getrennt davon einen pragmatischen Beschluss zum Wohle der Lehre am Fachbereich fällen ist nichts als Augenwischerei. Sozialpolitik und Hochschulpolitik fallen mit ihren konkreten Auswirkungen auf künftige Generationen von Studieninteressierten in diesem Beschluss in eins.

Dass dies in weiten Teilen vom FBR scheinbar nicht einmal mehr gesehen wird, zeigt, wie wenig man sich offenbar als politisches Gremium und wie sehr als Rädchen der universitären Sachzwangverwaltung versteht. Wie weit die Selbsttäuschung über diesen Zustand fortgeschritten ist, beweist die Empörung einiger professoraler Vertreter_innen im FBR gegenüber denjenigen, die nicht mitmachen wollen, den verantwortungslosen Studierenden, die an ihrer politischen Positionierung für ein offenes Hochschulstudium festgehalten haben.

Einige studentische (Stell)Vertreter_innen
im FbR des FB03

Bericht der „Initiative Bachelor Studierbar Machen“

Nachdem euch letzte Ausgabe die Initiative vorgestellt wurde, soll hier nun berichtet werden, was für Absprachen im Fachbereich (FB) 04 getroffen wurden, was zukünftig geplant ist und was es so neues gibt.



Klausursitzung mit Lehrenden

Die Initiative hat nun schon auf vier sogenannten Plenarsitzungen mit Lehrenden und Studierenden akute Probleme benannt und gemeinsam Lösungen erarbeitet. Dabei kam die Frage auf, wie man nun diese Absprachen an möglichst viele Lehrende herantragen könne – schließlich war bei den Plenarsitzungen nicht der gesamte FB vertreten. Die Initiative entschied, einen Klausurtag anzuregen, wo sich – so die Idee – alle Lehrenden des FBs und die Initiative treffen sollten, um neueste Änderungsvorschläge vorzustellen. Die Klausursitzung sollte explizit kein Ort für große Diskussionen sein, sondern der weiteren Sensibilisierung für Probleme im und am Bachelor Studiengang, der Kommunikation unter den Beteiligten und der Verbreitung bereits getroffener Absprachen dienen.

Am Dienstag, den 1. Juni trafen sich sieben Studierende und 27 Lehrende, darunter Vertreter_innen des Dekanats. Wir arbeiteten konzentriert und der Austausch fand auf gleicher Augenhöhe statt, allerdings herrschte in bestimmten Punkten Uneinigkeit. So wurde die klassische Frage über Sinn und Unsinn von Anwesenheitslisten behandelt, über die Bedeutung des sogenannten „workloads“ gestritten und über die Größe der Spielräume innerhalb der Prüfungsordnung (PO) bzw. die Enge durch Rahmenbedingungen diskutiert.

Auf dieser Sitzung wurden viele Lehrende erreicht, die bislang noch keinen Kontakt mit der Initiative hatten – jedoch längst nicht alle. Es bleibt die Hoffnung, dass sich das Wissen um die Probleme (die schließlich auch die Dozent_innen betreffen) weiter verbreitet und mehr Sensibilität an den Tag gelegt wird, wenn es bspw. darum geht, was für die „aktive Teilnahme“ von den Student_innen verlangt wird.

Während der Sitzung wurde von Seiten der Lehrenden angemerkt, dass die Kritik seitens der Initiative zu pauschal geäußert wurde. Die Initiative möchte klarstellen, dass sie durchaus um die Arbeit vieler Mitarbeiter_innen weiß und diese schätzt. Wir sind uns auch der privilegierten Situation bewusst, viele „offene Türen“ am FB zu besitzen.

Wir möchten noch etwas anmerken: Die Initiative ist – wie von Seiten Lehrender geäußert – tatsächlich ein Produkt des Bachelor-Studiengangs Erziehungswissenschaften. Der Studiengang hat jedoch nicht so „kluge, kritische,

engagierte Student_innen“ hervorgebracht, weil er so blendend konzipiert ist. Die Aktiven der Initiative haben sich deshalb zusammengefunden, weil sie sich mit Problemen im BA konfrontiert sahen, unter denen sie nicht studieren wollten und konnten.

Auch die Tatsache, dass – gemessen an anderen FBen der Goethe Universität – der Bachelor am FB04 „besser“ und „freier“ sei, täuscht nicht über die Tatsache hinweg, dass nach wie vor großer Ver- und Nachbesserungsbedarf besteht.

Die getroffenen Absprachen

1. **Seminar und Übung** sind als Bezeichnungen austauschbar.
2. **Modul 7** ist unabhängig von **Modul 6** studierbar (empfohlen, aber nicht Pflicht).
3. Seminare im **Modul 8 und 9** sind als Modul 8/9 zu kennzeichnen, d.h. ein Seminar mit der Kennzeichnung EW-BA 8/III kann auch als EW-BA 9/III gewertet werden.
4. Auswahl- und Wechsel in Modul 8/9: sofern kein Leistungsschein erworben wurde, kann das **Lebensalter** noch gewechselt werden.
5. **Wiederholbarkeit von Leistungen:** Die PO schließt explizit das Wiederholen von bestandenen, schlechten Prüfungen aus. Allerdings haben die Lehrenden die Möglichkeit mit den Student_innen Rücksprache zu halten und die Hausarbeit überarbeiten zu lassen.
6. Die **vorlesungsfreie Zeit** sollte voll und ganz für Ausarbeitungen und Hausarbeiten zur Verfügung stehen, d.h. Veranstaltungen – auch Informationsveranstaltungen für Seminare – sollen dort nicht stattfinden.
7. **Einschbarkeit der Noten:** Noten der abgegebenen Prüfungsleistungen sollen bis

Ende des jeweils folgenden Semesters online einsehbar sein – wie mit BA-Student_innen in ihrem letzten Semester umgegangen werden soll, wird noch diskutiert

8. Die Fülle der **Online-Lernplattformen** soll auf eine reduziert werden – in Zukunft sollen die FB04-Lerngruppen genutzt werden: <http://fb04lerngruppen.uni-frankfurt.de>

WILLST DU WAS BEWEGEN?

Bachelor studierbar machen - FB 04

Kontakt:
mail: bachelor@fachschaft04.de
www.fachschaft04.de/bachelor/
Schaukasten A1E - Turm 7. Stock

Die Initiative „Bachelor studierbar machen - FB 04“

- ist eine offene studentische Initiative, die sich aus Studierenden des FB 04 der Goethe-Uni Frankfurt zusammensetzt und stets über neue Teilnehmer erfreut.
- verfolgt das Ziel, die Studienbedingungen des Bachelorstudiengangs Erziehungswissenschaften an der Goethe-Uni zu verbessern und möchte ein Bewusstsein für die Lage der Studierenden bei allen Beteiligten des Studiengangs schaffen.
- legt großen Wert auf eine regelmäßige Kommunikation innerhalb des FB 04, sowohl mit den Studierenden, als auch mit den Lehrenden sowie anderen Institutionen und Gremien.
Auf Plenaritzungen werden gemeinsame Lösungen für die vorhandenen Probleme mit Dozenten und Lehrenden diskutiert.
Beteiligte sind: Dekan/in, Studiendekan/in, Dozenten, Fachschaft, Prüfungsamt, Servicecenter MoPS us.

Willst du was bewegen?
Dann schau doch einfach mal bei einem unserer Treffen vorbei.
Die Termine findest du auf unserer Homepage.

9. Bachelor-Student_innen sind nicht Diplom/Magister-Student_innen in der light-Version – es kam teilweise zu vielleicht auch nur missverständlichen, dennoch **abwertenden Äußerungen**, die in Zukunft unterlassen oder differenzierter geäußert werden sollen.
10. Dozenten müssen sich an **Prüfungsord-**

nung halten bzw. sich bei Abweichungen mit dem Prüfungsamt in Verbindung setzen. Verpflichtende Kopplung von Seminaren, die eine gemeinsame Prüfungsleistung haben, kann es nicht geben.

11. Jeder Dozent kann für sich selbst entscheiden, ob er eine **Anwesenheitsliste** führt oder nicht – diese wird nirgends gefordert und



muss von den Dozent_innen selbst überprüft werden (das Prüfungsamt bearbeitet eingesandte Listen nicht!).

12. **Aktive Teilnahme** darf und kann nicht benotet werden – wie diese gestaltet bzw. „abgefragt“ wird, soll besprochen werden.

„Was es so neues gibt“ und Ausblick

Auf Universitätsebene hat das Präsidium der Frankfurter Universität die Bologna-Werkstätten eingerichtet (siehe Artikel S. 16 f.).

Derzeit wird am FB 04 der Vorschlag diskutiert, pro Modul nur noch eine Modulprüfungsleistung zu erbringen. Die dadurch „fehlenden“ Credit-Points sollen mit einem „Selbststudium“ erlangt werden.

Die Initiative möchte sich in Zukunft vor allem um die o. g.G. Punkte elf und zwölf kümmern. Zudem möchte man sich für den „Master-Zugang für alle“ einsetzen, wobei wir aber auch die Problematik sehen, dass der FB das nicht alleine stemmen kann, sondern die Unterstützung der Goethe-Universität und generell aller Universitäten nötig ist.

Aktuelle Termine, einen Link zum Newsletter der Initiative und vor allem (!) ein hilfreiches und lesenswertes Glossar mit wichtigen Infos findet ihr auf der Homepage der Initiative: www.fachschafft04.de/bachelor/

Die nächste Plenarsitzung findet am 06.07.2010 in Raum AfE 1101 um 18:00 statt – alle Interessierten sind herzlichst eingeladen! Dem nächsten Treffen der Initiative hingegen, könnt ihr schon am Dienstag, den 08.06. vorm KoZ beiwohnen!

Reden, Benennen, Entscheiden lassen (müssen)

Die Bologna-Werkstätten sind ein voller Erfolg – vor allem für die Propagandamaschinerie des Universitätspräsidiums

In Werkstätten wird normalerweise gebaut, es entsteht etwas Neues. Wenn mensch sich die Realität der Bologna-Werkstätten anschaut, wird eher der Eindruck erweckt, es handle sich um das Vorzimmer der Reparatur, in dem alle ihre Meinung zum nicht mehr funktionierenden Objekt abgeben können. So sagt dann auch der Vizepräsident und „Initiator der Bologna-Werkstätten“ (GoetheSpektrum 2/2010) Manfred Schubert-Zsilavec: „[Sie] sind ja Ideengeber-Werkstätten, die Probleme und Änderungsbedarf in den Studiengängen benennen.“ (UR¹ 2/2010, S. 3)

Bei aller Kritik, die hier vorgebracht werden soll, muss eines noch vorab betont werden. Es geht in diesem Beitrag nicht darum die Studierenden, die sich in den Bologna-Werkstätten für konkrete Verbesserungen einsetzen, anzugreifen. Vielmehr soll hier eine – längst fällige – Kritik am Instrument dieser Einrichtung formuliert werden.

Was geht ab!?

Doch zunächst zur Realität der Bologna-Werkstätten. Entgegen den Äußerungen, dass die Werkstätten eine Erfindung des Präsidiums seien, geht ihre Einrichtung – ebenso wie ein Großteil der Forderungen, wie z.B. eine geringere Prüfungsbelastung – auf einen Beschluss der Kutusminister_innen-Konferenz (KMK) vom 15.10.(!) zurück. Die ersten zwei Sitzungen fanden im März diesen Jahres statt. Die Fachbereiche (Fb) sprachen dabei in Clustern

vor (Fb 1-5, 6-10 und 11-15). Aus diesem Clustern kommen dann die jeweiligen Studiendekane, ggf. Beauftragte für Lehre und Vertreter_innen der Fachschaft bzw. Fachschaftsinitiativen zusammen. Außerdem sind noch alle Professoren sowie interessierte Studierende eingeladen. In den Sitzungen werden dann aktuelle Probleme, wie eine zu hohe Prüfungsbelastung oder die Mindestnote 2,5 für den Master-Zugang diskutiert. Aus dieser Diskussion ergeben sich Vorschläge bzw. ein Forderungskatalog. Beschlossen wird in diesem Gremium jedoch nichts. Wie mit den Vorschlägen umgegangen wird, erklärt Schubert-Zsilavec: „Spätestens am Ende des Sommersemesters werden die Ergebnisse der drei Werkstätten vorliegen und wir können ans Werk gehen, zunächst auf Ebene des Präsidiums und des Senats.“ (UR 2/2010, S.3). Mit anderen Worten: Die Studierenden – denn um sie geht es ja hauptsächlich – dürfen zahlreich erscheinen und netterweise ihre Bedenken vorbringen, aber je näher die Entscheidung über tatsächliche Veränderungen rückt, desto weniger Studierende sind involviert – von einem Stimmrecht ganz zu schweigen.

Wie sich diese Problematik äußert, wird in der Diskussion um einen Auslandsaufenthalt deutlich: Von Studierenden wurde moniert, dass es keine Möglichkeit mehr für einen mehrmonatigen Auslandsaufenthalt gibt. Die Antwort des Vizepräsidenten ist, dass die Universität selbstredend „Sorge dafür tragen“ solle, dass Studierende ins Ausland können und „am sinnvollsten ist das zwischen Bachelor und Master“ (UR 2/21010, S.3). Es fallen also diejenigen

¹ UR = UniReport

heraus, die keinen Master machen wollen oder können und das Anliegen, allen Studierenden einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wird übergangen.

Es gilt wieder einmal festzuhalten: Die Universität Frankfurt ist in ihrer momentanen Verfasstheit eine Präsidialdiktatur. Diese wiederum zeichnet sich eben nicht dadurch aus, dass das Präsidium Entscheidungsprozesse im Alleingang bestreitet. Vielmehr werden so viele Leute wie möglich an einem Prozess beteiligt, über dessen Rahmenbedingungen einzig und allein des Präsidiums bestimmt. Am Ende steht die Entscheidung des Präsidenten bzw. die vom Präsidenten akzeptierte Entscheidung des Senats.



Die PR-Maschine läuft

Zu guter Letzt sind die Bologna-Werkstätten Teil der Inszenierung des aktuellen Präsidiums als „dialogbereit“. In der Öffentlichkeit wurden sie zum ersten Mal in einer Pressemitteilung am 7. Dezember eingeführt. In dieser betonte der amtierende Universitätspräsident Werner Müller-Esterl: „Ich bin bereit mich aktiv in diesen Dialog um eine bessere Universität einzubringen.“ Im folgenden Satz kündigte er die Einrichtung der Werkstätten an. Es schien als seien sie eine Reaktion auf die Besetzung des Casinos auf dem IG Farben Campus durch Studierende, doch hatten diese Äußerungen nur das Ziel, die Besetzer_innen als nicht dialogbereit zu denunzieren. In einer weiteren Pressemitteilung vom 6. April wird dann auch noch mal explizit auf die Beteiligung von Studierenden hingewiesen: „Die Werkstätten haben das Ziel, die Bachelor- und Masterstudiengänge mit studentischer Beteiligung zu reformieren.“ Auch wenn nicht zuletzt durch die (studentische) Beteiligung an den Bologna-Werkstätten Verbesserungen in Aussicht stehen, sind sie Teil einer Kampagne, die verkaufen soll, wie kommunikativ die Goethe-Uni ist und wie sehr alle an einem Strang ziehen. Ausgeblendet wird dabei, dass aller Kommunikation das Paradigma einer Universität zu Grunde liegt, dass nicht wenige Studierende ablehnen: die unternehmerische Universität.

Dialogbereit zeigt die Uni-Leitung sich immer dann, wenn es ihr passt. Im Fall der Bologna-Werkstätten stellt sie derzeit wieder mal eindrucksvoll unter Beweis wie gut ein Abbau von Mitbestimmung durch einen Dialog, dessen Regeln einseitig diktiert werden, kaschiert werden kann.

Hochschulpakt

„Solidarpakt“ und „Sicherheitsnetz in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“?*

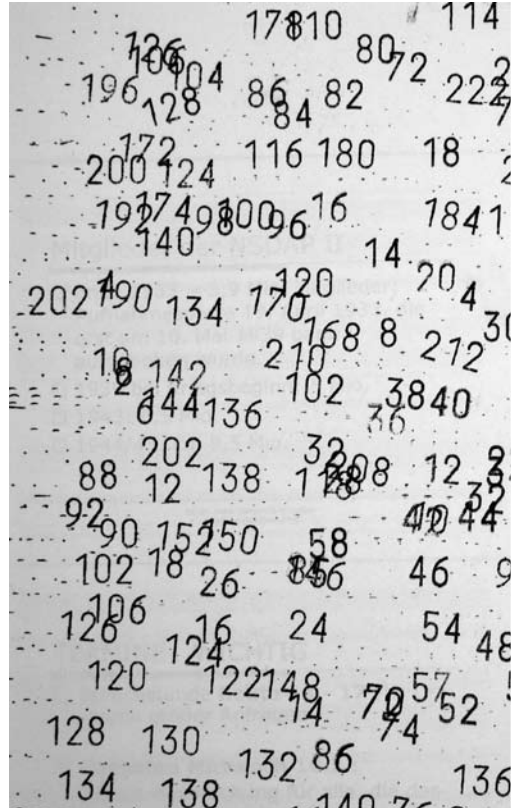
Am 18. Mai 2010 wurde der Hochschulpakt (eine Vereinbarung über die finanziellen Mittelzuweisungen des Landes Hessen an die einzelnen Hochschulen) für den Zeitraum 2011 bis 2015 von den Präsident_innen aller hessischen Hochschulen sowie Vertreter_innen der Landesregierung unterzeichnet. Dem waren eine Demonstration in Wiesbaden mit ca. 10.000 Teilnehmer_innen sowie mehr oder weniger scharfe Kritik von Seiten der meisten Hochschulen vorangegangen.

In Folge der Betonung Kühne-Hörmanns, dass Hochschulen im Falle der Verweigerung des Vertrags nach Auslaufen des alten Hochschulpakts keinerlei Planungssicherheit für die kommenden Jahre erwarten könnten, unterschrieben auch die 8 Präsident_innen, die ursprünglich nicht hatten unterzeichnen wollen (nicht darunter: die Uni Frankfurt) – wenn auch unter Protest.

Inhalt und Bedeutung des Hochschulpakts

Der Vertrag sieht eine Kürzung des Gesamtetats für die hessischen Hochschulen um ca. € 30 Mio. auf ca. € 1,4 Milliarden jährlich bis 2015 vor¹. Zunächst einmal kündigten einige Hoch-

schulleitungen nach der Unterzeichnung Stellenkürzungen an – an der Uni Frankfurt werden laut Präsidium ca. 80% des Etats für Personal ausgegeben.

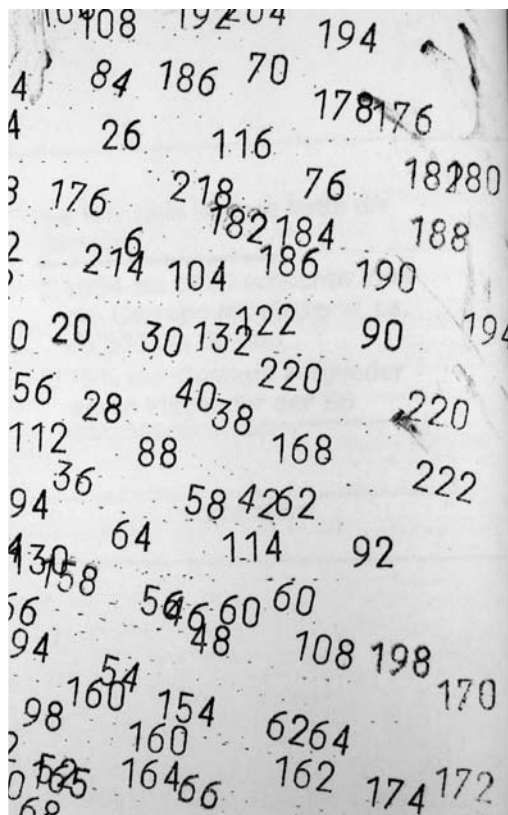


Mit der Etatkürzung geht eine Umverteilung unter den einzelnen Hochschulen einher. Einerseits findet die Auslastungsquote eine stärkere Berücksichtigung, weshalb einige Hochschulen sogar etwas mehr Geld zugewiesen bekommen als bisher. Andererseits findet eine Umschich-

* So von der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann (CDU) bezeichnet.
Der komplette Hochschulpakt: www.hmwk.hessen.de.
Weitere Quellen: Artikel aus FR, FAZ und Unireport 03/2010.

¹ Hinzu kommen jährliche Mittel im insgesamt dreistelligen Millionenbereich im Rahmen der Landesprojekte HEUREKA (Bauinvestitionen), LOEWE (Forschungsförderung) und weiterer bisheriger Förderprogramme, die mit gleichbleibendem Finanzvolumen fortgeführt werden.

tung von jährlich € 20 Mio. vom Grund- in das sog. Erfolgsbudget statt. Das Erfolgsbudget wird u.a. unter Honorierung der Drittmit-



teinwerbung an die einzelnen Hochschulen verteilt. Dies beschränkt die Einbußen der Uni Frankfurt (9,7 Mio. bei einem bisherigen Gesamtbudget von € 320 Mio.) und der TU Darmstadt, die eine relativ schlechte Auslastung aufweisen.

Dabei sollte man bedenken, dass die Auslastung an Hand der „budgetrelevanten“ Studierenden in der sog. Regelstudienzeit ermittelt wird und Studierende im Zweitstudium nur mit 50% ins Gewicht fallen. Die „Auslastung“ spiegelt also nicht unbedingt die Realität überfüllter Seminare und frustrierter Prüfer_innen(suche) etc. wider. Berücksichtigt man überdies, dass sich hohe Zahlen an Absolvent_innen in der Regelstudienzeit + 2 Semester wiederum positiv auf Zuweisungen im Rahmen des Erfolgsbudgets auswirken, so steht zu befürchten, dass die Dekanate in Zukunft noch deutlicher dazu aufgefordert werden, Studierende über der Regelstudienzeit unter Druck zu setzen bzw. Studiendauerfristen in die Prüfungsordnungen aufzunehmen – und schließlich auch, dass wieder lauter über die Einführung von „wenigstens“ Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren sinniert wird.

Solche Bedenken werden etwa vom Präsidium der Uni Frankfurt nicht geäußert. Während auf der Titelseite des aktuellen UniReports die Steigerung der Drittmitteleinwerbung der Uni um 14% gegenüber dem Vorjahr beweihräuchert wird, dreht sich die Kritik am Hochschulpakt auf den Seiten 3 und 4 vor allem darum, dass die Umverteilungen zu Lasten der forschungsstarken „autonomen“ Universitäten Frankfurt und Darmstadt stattfinden und damit die besonderen Anstrengungen „im Hinblick auf eine forschungsgetriebene Profilierung“ bestraft würden.

Das Patriarchat und seine Helfershelfer_innen

Bericht über den ganz normalen Wahnsinn in Berufungskommissionen*

Im Fachbereichsrat wurde am 31. Mai eine Berufsliste für die seit 2007 vakante Professur mit dem Schwerpunkt „Soziale Ungleichheit“ abgestimmt. Die zuständige Berufungskommission konnte sich zunächst nicht auf eine von zwei konkurrierenden Listen einigen. Auf Druck des Dekanats verständigte die Kommission sich in einem Umlaufverfahren auf die Liste mit etablierten (männlichen) Kandidaten statt der Alternative mit jungen Kandidat_innen auf den vorderen Plätzen.

Von vornherein stand die Neubesetzung der Professur im Zentrum eines tiefgreifenden Konflikts in dem es um nichts geringeres als das Verhältnis des Fachbereichs zur Kritischen Theorie geht. Mit Heinz Steinert besetzte die Professur zuletzt ein Soziologe, der mit seinen Untersuchungen zu sozialer Kontrolle und sozialer Ausschließung diese Theorietradition fortführte. Zwar wird im Ausschreibungstext die Mitwirkung an einem Interdisziplinären Schwerpunkt zu den Perspektiven der Kritischen Theorie „erwünscht“, jedoch ist auch diese vage Formulierung nur als Kompromiss zu verstehen. Schon hier setzten

sich diejenigen Fachbereichsmitglieder durch, denen es um eine rein an quantitativer Forschung orientierte Auslegung des Begriffs „Soziale Ungleichheit“ geht und kritische Theoriebildung als nachrangiges Kriterium gilt.

Auch in der für die Neubesetzung eingesetzten Kommission war dieser Konflikt von Anfang an spürbar. Zwei Mitglieder traten aus Protest gegen die Kandidat_innenauswahl der Kommission zurück. Sie erklärten dies in einem Schreiben an das Präsidium mit einem formalen Einwand: Die Abstimmung der für die letzte Etappe des Auswahlverfahrens, den öffentlichen Hearings, zugelassenen Bewerber_innen sei ohne professorale Mehrheit zustande gekommen. Es entstand unweigerlich der Eindruck, dass die Zurückgetretenen ihre persönlichen Präferenzen bei den Einladungen



Keine Talare mehr, doch der Muff hängt nach...

zu Hearings zu wenig berücksichtigt sahen. Schließlich wäre es nicht das erste Mal, dass das Präsidium interveniert, wenn kritische Wissenschaftler_innen auf vorderen Listenplätzen erscheinen. Dass dies auf Geheiß von Fachbereichsmitgliedern geschieht, verleiht diesem ohnehin schon desaströsen Zustand jedoch eine neue Qualität.

Tatsächlich verzögerte sich die Weiterarbeit der Kommission erheblich, da Vizepräsident Klump sich zunächst weigerte, nachrückende Professoren an den Senat weiterzugeben, womit die Kommission arbeitsunfähig gemacht wurde. Als sie weiterarbeiten konnte, machte sich bei der Abstimmung der Listen erneut DisSENS breit. Nach den Hearings befanden sich noch eine Bewerberin und drei Bewerber in der engeren Auswahl. Alle geeignet, jedoch mit deutlichen Altersunterschieden, die sich auch in den Forschungszugängen niederschlagen.

Trotz einschlägiger Gutachten und eines eindeutigen Votums des Frauenrats konnte sich die Kommission nicht auf die Liste, mit den jüngeren Bewerber_innen eine Chance eingeräumt würde, einigen. Zu Spekulationen über die „Geschlechtszugehörigkeit“ derjenigen, für die an dieser Stelle Alter, Renommee und Erfahrung mehr zählten als Unverbrauchtheit und innovative Theoriebildung, kann an dieser Stelle nur ermutigt werden. Der Fall steht exemplarisch für ein patriarchales, konservatives Universitätswesen, das sich beharrlich reproduziert und „alte Männer“ stark bevorzugt behandelt. Nun sollten beide Listen zur Diskussion in

den Fachbereichsrat weitergegeben werden, der in solchen Fällen entscheidet. Als sich der Dekan weigerte, eine Abstimmung der Listen durchzuführen, einigte sich die Kommission schließlich doch auf die Liste der „Etablierten“. Die aktuell amtsführende Prodekanin, die zuletzt aus der Kommission zurückgetreten war, behielt sich vor, ein Sondervotum abzugeben. Für den Fall, dass sich Widerstand gegen die Liste im Präsidium regt, ist ein weiterer Schulterschluss aus dem Fachbereich zu erwarten. Es ist also nicht sicher, ob mit der Kompromissfindung Schlimmeres verhindert werden konnte - etwa eine Neuausschreibung, in der wohl auch die letzte an „Kritik“ erinnernde Formulierung getilgt würde.

*Berufungskommissionen sind zusammengesetzt aus Mitgliedern der drei Statusgruppen Professoren, Mittelbau, Studierende, ferner gehören ihr beratende Mitglieder ohne Stimmrecht an. Sie entscheiden, von welchen der sich auf eine Ausschreibung bewerbenden Personen Probeartikel angefordert werden und wer zu den öffentlichen Hearings eingeladen wird, auf der die aktuellen Forschungsprojekte der Bewerber*innen zur Debatte gestellt werden. In einem letzten Schritt einigt sich die Kommission auf eine Liste mit mindestens drei Bewerber*innen. Hier ist eine professorale Mehrheit erforderlich. Sofern die Liste seitens des Senats gebilligt wird, erfolgt dann ein Ruf an die Person auf dem obersten Listenplatz.

Aufruf zur Bildungsstreikdemo

Freie Bildung für freies Leben

Trotz der intensiven Debatte und der Proteste seit letztem Sommer werden nicht einmal die bildungspolitischen Minimalversprechen eingehalten: Dem chronisch unterfinanzierten Bildungssektor, (sowie vielen anderen sozialen/öffentlichen Einrichtungen z.B. Kinderkrippen), wird in Zeiten der Krise ein «Solidarbeitrag» abverlangt. 34 Millionen € sollen an den Hochschulen, 45 Millionen € an den Schulen in Hessen im Jahre 2011 eingespart werden. Die bereits jetzt katastrophale Lage mit überfüllten Klassen und Seminaren, mangelnden Lehrkräften, schlechtem Lehr- und Lernmaterial und maroden Gebäuden wird dadurch noch weiter verschlimmert. Die konkreten Auswirkungen sind vielfältig, ergeben sich aber aus einer zugrundeliegenden Problematik, die alle Gruppen und Einrichtungen im Bildungs- und Sozialbereich betrifft und auch gemeinsam angegangen werden muss:

Die weitere Ökonomisierung der Bildung, der Einfluss von Konzernen und Wirtschaftsvertretern auf gesellschaftliche Institutionen und deren Ausverkauf und ihre Organisation nach privatwirtschaftlichen Mechanismen, geht mit dem Rückzug der staatlichen Finanzierung und Verantwortung einher.

Mit dem Argument, die Bildungseinrichtungen effizienter zu machen, werden Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgehöhlt und abgebaut. Dieser Umbau zu ökonomischen Strukturen äußert sich u.a. in Kontrollmechanismen, Entdemokratisierung und Beschränkungen des Bildungszugangs.

- Die Zeit zum Lernen wird durch G8 / Bachelor verkürzt, Noten- und Leistungsdruck

nehmen zu

- Schülertickets übersteigen für viele das Bezahlbare, wer sich mit Nebenjobs gerade noch ein Studium leisten kann, hat für eigene Interessen keine Zeit
- Verwaltungskosten und Mietpreise sind Ausschlusskriterien für Arbeiterkinder (Bildungszugang)
- Schulden durch Bildungskredite
- finanzielle Bevorzugung von wirtschaftsnahen Schul- und Hochschulfächern
- ausschließende Faktoren z.B. soziale Schicht als frühes Entscheidungskriterium über den schulischen und gesellschaftlichen Werdegang.
- Praktikanten und Auszubildende werden als billige Arbeitskräften missbraucht
- Lehrende bekommen zumeist befristete Arbeitsverträge bei zunehmend schlechter Bezahlung
- Interessenvertretungen werden ihrer Entscheidungskompetenzen beraubt und die demokratische Selbstverwaltung von Bildungseinrichtungen ist faktisch nicht mehr vorhanden. Die beschränkten Möglichkeiten zur Mitbestimmung Auszubildender sind abhängig von der willkürlichen handelnder Betriebsleitung

Dies stellt nur eine kleine Auswahl der verheerenden Konsequenzen der aktuellen Bildungspolitik dar, welche die Selbstbestimmung des Einzelnen aktiv verhindern.

Am Mittwoch den **9.6 um 11:30 Uhr** an der Konstablerwache protestieren wir gemeinsam gegen diese Missstände!

Studentische Studienberatung

Fachbereich o3

Di: 14-16 Uhr

Mi: 16-18 Uhr Raum AfE 23o3

Do: 14-16 Uhr

vorlesungsfreie Zeit nur Mi 14-16 Uhr

Fachbereich o4

(tlw. wird die Beratung im MoPS durch Studierende durchgeführt)

Mo - Fr: 9:00-13:00

Mo- Do: 14:00-17:00 (MoPS, AfE 704)

Infos unter mops.uni-frankfurt.de

TuCa (TurmCafé, AfE 5o1)

Plenum (im TuCa)

jeden zweiten Mittwoch 18oo

das aktuelle Programm und weitere Infos unter www.fachschaft04.de

Autonomes Frauencafé

AfE 2105

Das Frauencafé ist jederzeit geöffnet, Cafébetrieb gibt es jeden **Mittwoch, 12-16:00**



Adressen und Kontakt

Fachschaft Erziehungswissenschaften

Raum AfE 923

www.fachschaft04.de

info@fachschaft04.de

flur_funk mitgestalten!?

Wir suchen immer wieder und immer noch aktive Studierende, die sich an der Arbeit an dieser superinformativen und aus dem Turmleben nicht mehr wegzudenken Publikation beteiligen. Hast du vielleicht Lust? Dann komm zum nächsten Redaktionstreffen vorbei:

**Do, 24. Juni, 16:00
(AfE 923)**

Fachschaft Gesellschaftswissenschaften

Raum AfE 21o4

www.fs03.de

fachschaft@soz.uni-frankfurt.de

L-Netz

Raum C11o (Studierendenhaus)

www.l-netz.info (bald wieder online)

post@l-netz.info

noch bis 7. Juli

Initiative Studierender am IG Farben-Campus

Studieren nach Auschwitz

Veranstaltungsreihe der Initiative zum Thema Universität und Nationalsozialismus, nähere Infos auf den Seiten 7 und 8

Mittwoch, 9. Juni, 11:30

Bildungsstreikdemo

Auftaktkundgebung Konstablerwache
freiebildungfuereinfreiesleben.blogspot.de

Montag, 21. Juni - Freitag, 25. Juni

Bildungsstreik Aktionswoche

Infos unter www.bildungsstreik-ffm.de

Donnerstag, 17. Juni, ab 17:00

Fachschaften 03 und 04 laden zum

Turm-Grillabend

entspanntes Herumsitzen, (vegane) Grillereien, Musik und das alles Open Air

Montag, 28. Juni, 19:00, AfE 5o2

Fachschaftsfilmabend

Am Ende kommen Touristen

[D/PL, 2007, 85 min]

Statt im hippen Amsterdam muss Sven

seinen Zivildienst in der Begegnungsstätte in Auschwitz ableisten und sich um den KZ-Überlebenden Stanislaw Krzeminski kümmern. Der ist von Deutschen nicht gerade begeistert und lässt Sven das auch spüren. Gleichzeitig sieht sich Sven mit dem touristischen Alltag der Gedenkstätte konfrontiert. (Liebesgeschichte gibts auch noch.)

Der Film bietet interessante Anknüpfungspunkte für eine Diskussion um Gedenkstättenpädagogik und die Rolle von Zeitzeug_innen - vor allem vor dem momentan überall wiederkehrenden "Wegsterben" der Überlebenden.

mit anschließender Diskussion im TuCa...

Mittwoch, 30. Juni, 19:00

GEW Studierendengruppe Uni Frankfurt

Diskussionsveranstaltung „Stopp Kriegsforschung an den Hochschulen – Bundeswehr raus aus den Schulen!“

mehr Infos: www.gew-frankfurt.de

Donnerstag, 1. Juli, 11-18:00

TuCa-Open Air

Das TuCa mit Dunstabzugshaube gibt es an diesem Tag vorm Turm. Mit frischen Waffeln, selbstgebackenen Kuchen, gekühlten Getränken und weiteren Überraschungen.

